

Christian Albrecht
Pressesprecher

V.i.S.d.P.

Nr. 189/2001

Kiel, Donnerstag, 31. Mai 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Ekkehard Klug: „Ohne höhere Referendarbezüge wird es keinen ausreichenden Lehrernachwuchs geben“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 30 und 32** (Referendarbezüge) erklärte der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Fraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Ohne eine Erhöhung der Referendarbezüge wird es in den kommenden Jahren sicher nicht möglich sein, genügend Lehrernachwuchs zu finden.

Dies gilt erst recht für die berufsbildenden Schulen. Ausgebildete Berufsschullehrer haben auch außerhalb des Berufsschulbereichs gute Beschäftigungs- und Einkommenschancen.

Wenn sie nach einer langen Ausbildungsphase während des zweijährigen Referendariats Bezüge unterhalb der Sozialhilfesätze erhalten - und dies ist zum Teil, je nach Alter und Familienstand, derzeit der Fall - , dann wird es kaum gelingen, qualifizierte Kräfte für den Lehrerberuf zu gewinnen.

Es ist deshalb erfreulich, dass auch die Landesregierung mittlerweile die Einführung von Anwärtersonderzuschlägen befürwortet.

Allerdings ist die Erfolgsbilanz der diesbezüglich auf Bundesebene bislang angestregten Bemühungen frustrierend.

Auch in ihrem Bericht räumt die Landesregierung (auf Seite 9) ein, es sei derzeit nicht absehbar, wann auf Bundesebene die dazu erforderliche Rechtsgrundlage geschaffen wird.

Der Antrag der FDP-Fraktion, der zu dieser Thematik bereits in der Februar-Tagung debattiert worden ist, sah deshalb vorsorglich einen zweiten Weg vor, über den man das gleiche Ziel - die Anhebung der Referendarbezüge - erreichen könnte.

Ziffer 2 unseres Antrages hat folgenden Wortlaut:

„Da zurzeit nicht absehbar ist, wann auf Bundesebene die zur Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen erforderliche Rechtsgrundlage geschaffen wird, sollte die Landesregierung nach

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



Presseinformation

Auffassung des Landtages als alternatives Instrumentarium zur Sicherung des Lehrernachwuchses auch in Erwägung ziehen, dass der von Referendaren eigenverantwortlich erteilte Unterricht künftig zum Teil gesondert vergütet wird.“

Mit solchen Sondervergütungen für eigenverantwortlich erteilten Unterricht könnte das Land nämlich auch im Alleingang attraktivere Beschäftigungsbedingungen für Nachwuchslehrer schaffen.

Ich finde es außerordentlich erfreulich, dass der Bildungsausschuss am 3. Mai **einstimmig** die Empfehlung ausgesprochen hat, der Landtag möge auch diese Ziffer 2 unseres Antrages beschließen.

Ich bitte Sie daher unter Hinweis auf das Votum unseres Ausschusses, die vorliegende Drucksache 15/955 - Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses - zu beschließen.

Was den von der Landesregierung vorgelegten Bericht betrifft, beantrage ich Überweisung an den Bildungsausschuss.“